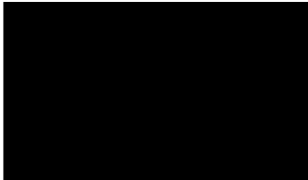




POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

**Nur per E-Mail**



[@fragdenstaat.de](mailto:poststelle@bmf.bund.de)

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
BEARBEITET VON VB5  
REFERAT/PROJEKT Referat V B 5  
TEL +49 (0) 30 18 682-0  
FAX +49 (0) 30 18 682-2506  
E-MAIL [poststelle@bmf.bund.de](mailto:poststelle@bmf.bund.de)  
DATUM 16. August 2019

BETREFF **Informationsfreiheitsgesetz des Bundes (IFG);  
Bemessungskriterien Gebührenbemessung IFG**


BEZUG Ihr Antrag vom 20. Juli 2019

ANLAGEN 2

GZ **V B 5 - O 1319/19/10159**

DOK **2019/0630073**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Sehr geehrte(r) 

mit Ihrem oben genannten Antrag nach § 1 IFG bitten Sie um Zugang zu folgenden amtlichen Informationen:

*„Das OVG Berlin-Brandenburg hat mit seinem Urteil vom 14. September 2017 (OVG 12 B 11.16) verlangt, Bemessungskriterien aufzustellen. In Drucksache 19/11312 hat das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat dargelegt, dass Ihr Ministerium entsprechende Kriterien erstellt hat. Bitte senden Sie mir diese Übersicht zur.“*

Über Ihren Antrag entscheide ich nach § 1 Absatz 1 Satz 1 IFG wie folgt:

- I. Ihrem Antrag gebe ich statt.
- II. Dieser Bescheid ergeht gebührenfrei.

Begründung:

Zu I.

Anliegend übersende ich die erbetene amtliche Information bezüglich der Bemessungskriterien für die Gebührenfestsetzung im Bereich IFG infolge des Urteils des OVG Berlin-Brandenburg vom 14. September 2017 (OVG 12 B 11.16).

Zu II.

Dieser Bescheid ergeht als einfache Auskunft gemäß § 10 Absatz 1 Satz 2 IFG gebührenfrei.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe beim Bundesministerium der Finanzen, Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin, Widerspruch erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Dieses Dokument wurde elektronisch versandt und ist nur im Entwurf gezeichnet.